

INNUNGEN INTERN



CDU gegen Mehrwertsteuer-Erhöhung für Zahnersatz

Die ZIW begrüßt den Widerstand der CDU gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Zahnersatz

Die Pläne, Zahnmedizin ganz aus der gesetzlichen Krankenversicherung herauszunehmen, stoßen bei der ZIW und dem Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI) eher auf Skepsis. Bei derzeitiger Gesetzeslage müssen die gesetzlichen Krankenkassen keine Mehrausgaben befürchten, da sie ohnehin ausschließlich die Grundversorgung mit Zahnersatz finanzieren. Die Ausbindung von Zahnmedizin aus der gesetzlichen Krankenversicherung würde hingegen die Dentalbranche und die Patientenversorgung

in Deutschland erheblich gefährden. In einem Diskussionspapier legte die CDU jüngst Gegenvorschläge zur Gesundheitsreform der SPD vor. Mit ihrer Haltung gegen eine Mehrwertsteuer-Erhöhung für Zahnersatz unterstützt die CDU die Pläne von ZIW und VDZI, die Dentalbranche in Deutschland zu erhalten und die Patientenversorgung mit Zahnersatz zu sichern. Die Zahntechniker-Innungen Baden und Württemberg erarbeiten zurzeit ein gemeinsames politisches Positionspapier, das sie in Kürze vorstellen wollen. **z**

ZT Adresse

Zahntechniker-Innung
Württemberg
Schlachthofstraße 15
70188 Stuttgart
Tel.: 07 11/48 20 58
Fax: 07 11/46 10 70
E-Mail: ZIW-Stuttgart@t-online.de
www.ziw.de



„Wer sitzen bleibt und wartet, kommt nachher zu spät“

Verbraucherschutz-Politikerin MdB Waltraud Wolff zu Gast bei der Zahntechniker-Innung Berlin-Brandenburg



kreises, persönlich angesprochen worden und wolle sich dem Bereich Zahntechnik noch intensiver widmen. Vor allem unter dem Aspekt „Ostproblematik“ werde sie versuchen, den Dentallaboren zu helfen, und diskutierte mit Dr. Manfred Beck, In-

nungsgeschäftsführer, und Thomas Lüttke die Probleme, Sorgen, aber auch Wünsche des Berufsstandes. Von den Maßnahmen zu Arbeits- und Patientenschutz, die die Innung in Berlin-Brandenburg mit der Einrichtung des Umweltsiegels angeschoben hatte, war MdB Wolff nach eigenen Worten „beeindruckt“.

Beide Seiten machten ernst: Die Zahntechniker-Innung Berlin-Brandenburg war bei einer politischen Veranstaltung vor kurzer Zeit mit der im Verbraucherschutz engagierten Abgeordneten Waltraud Wolff (SPD) zusammengekommen und hatte in aller Kürze über Umweltsiegel, Zahnersatz-Zertifikat und Service-Heft berichtet – und die Politikerin versprach, sich dazu intensiver informieren zu lassen und das so rasch wie möglich. Am 17. Februar 2003 kam man nun „vor Ort“ zusammen, im Dentallabor des Innungsvorstandsmitgliedes Thomas Lüttke, das sowohl über das Umweltsiegel verfügt als auch über die jüngst eingeführten Zahnersatz-Zertifikate.

Das Engagement der Innung nicht zuletzt hinsichtlich der Kontaktpflege mit der Politik wurde dabei ausdrücklich begrüßt: „Wer sitzen bleibt und wartet, kommt nachher zu spät“, meinte Waltraud Wolff mit Blick auf die bevorstehenden Reformen und Veränderungen im Gesundheitsbereich – was in der Phase der Entwurfvorlagen nicht diskutiert und implementiert werde, sei nachher kaum noch zu korrigieren. Sie sei bereits von Dentallaboren in Sachsen-Anhalt, dem Bundesland ihres Wahl-

kreis, persönlich angesprochen worden und wolle sich dem Bereich Zahntechnik noch intensiver widmen. Vor allem unter dem Aspekt „Ostproblematik“ werde sie versuchen, den Dentallaboren zu helfen, und diskutierte mit Dr. Manfred Beck, In-

Die Qualität unserer Leistung und unser Engagement für Patientenschutz führt zur Empfehlung unserer Arbeit – und solcherart Empfehlung sichert uns einen guten Platz im Wettbewerb.“ Bei weiter steigendem Druck durch die

Politik und Absenkung von Vergütungen und Honoraren für Leistungen befürchte er allerdings, dass auch in der Zahntechnik die Resignation unter dem Motto „Leistung lohnt sich nicht“ vielfach zu einem spürbaren Absinken der Qualität führen könnte. Der BEL sei überholungsbedürftig, da im Leistungskatalog in den zurückliegenden Jahren viele moderne Materialien und Verfahren gar nicht mehr aufgenommen wurden. In der Branche mit Unverständnis aufgenommen worden seien auch Überlegungen, die Garanzzeiten über zwei Jahre zu erhöhen – ob Zahnersatz haltbar sei oder nicht hinge aber auch vom Faktor Patient ab, das Thema Garanzzeit spiele in einem guten Zahnarzt-Zahntechniker-Verhältnis keine Rolle, früher nicht und heute auch nicht. Die Bundestagsabgeordnete nahm viele Gedanken und Wünsche mit und meinte, die Innung habe in ihr eine Ansprechpartnerin und sollte den Kontakt auch weiter nutzen. Waltraud Wolff: „Sie haben mich heute noch ein bisschen mehr begeistert aus normaler Patientensicht!“ **z**

ZT Adresse

Zahntechniker-Innung
Berlin-Brandenburg
Obentrautstr. 16-18
10963 Berlin-Kreuzberg
E-Mail: info@zibb.de
www.zibb.de



Qualitätssicherung und Patientenschutz

Niedersächsische Zahntechniker-Innung erarbeitet ganzheitliches Konzept

Dem Credo des Obermeisters Lutz Wolf folgend, nicht Preisdumping, sondern Qualitätsoffensive zu praktizieren, erarbeitet die NZI zurzeit ein Konzept, das in seiner Gesamtheit qualitätssichernde Zugangsvoraussetzungen für den zahntechnischen Anbietermarkt umfasst. In dieser Sache arbeitet sie eng mit dem VDZI und den zuständigen Behörden in Niedersachsen zusammen, um eine zielgerichtete Breitenwirkung durchzusetzen und Vertrauen in zahntechnische Produkte zu erzielen. Gleichzeitig soll aber auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Zahnarztpraxis und Labor gefördert werden. Im Mittelpunkt steht dabei der Patient.

Entstanden ist die Idee aus den medienwirksamen Veröffentlichungen zum Abrechnungsbetrug bei Zahnersatz von dubiosen Zahnersatzlieferanten. So hatte das Ministerium für Arbeit und Soziales (MFAS) in Niedersachsen alle Beteiligten, die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen in Niedersachsen, die Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen (KZVN), die Niedersächsische Zahnärztekammer (ZÄKN) und die NZI zu einem Erörterungsgespräch eingeladen. Dabei wurde eine Schwachstellenanalyse vorgenommen und überlegt, wie durch geeignete Maßnahmen derartige Machenschaften in der Zukunft vermieden werden können. Die NZI erhielt dann vom MFAS den Auftrag, zusammen mit den Verbänden der gesetzlichen Krankenkassen die Wiedereinführung einer Lieferberechtigung für Anbieter von zahntechnischen Leistungen zu prüfen, die geeignete Zulassungsvoraussetzungen für die Lieferung von Zahnersatz für den GKV-Markt festschreibt. Hier hat Niedersachsen bereits gute Erfahrungen gemacht, da bis zur Einführung des Festzuschussystems 1998 die Lieferberechtigung erfolgreich praktiziert wurde. Mit dem Festzuschussystem fiel dieses Kontrollinstrument ersatzlos weg.

Die NZI installierte aus dem Vorstand und der Geschäftsführung eine Kommission, die sich tiefgreifend mit dem Problem auseinandersetzt und nach Lösungswegen sucht. Im Ergebnis richtet sich die Arbeit auf ein umfassendes Netzwerk zur Überwachung des zahntechnischen Marktes in seiner Gesamtheit, das den Patientenschutz und die Qualitätssicherung zahntechnischer Produkte in den Mittelpunkt stellt. So gehört neben den

Zulassungsvoraussetzungen auch die konsequente Umsetzung des vom VDZI herausgegebenen Herstellernachweises innerhalb der „Allianz-Meisterlicher Zahntechnik“, das bei uns die niedersächsischen Innungslabore kennzeichnet, die Zahnersatz ausschließlich in Deutschland fertigen lassen, die Einrichtung einer Überwachungs- und Überprüfungsinstitution der Hersteller nach dem MPG inkl. der dabei verwendeten Werkstoffe und der Einhaltung der europäischen Normen sowie die Betreuung der Betriebe in Sachen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Hier hat das Innungsmodell der sicherheitstechnischen Betreuung bereits 400 Innungsbetrieben Vorteile gebracht. Nun sind wir mit dem MFAS auch wegen eines Modells zur betriebsärztlichen Betreuung im Gespräch. Dabei legen wir besonderen Wert darauf, dass alle Maßnahmen im Kontext mit den anderen o.g. Bausteinen zur Qualitätssicherung und zum Patientenschutz stehen müssen.

Diese Gesamtheit ist mit den Problemen verbunden, dass die hoheitlichen Aufgaben von unterschiedlichen behördlichen Instanzen wahrgenommen werden, mit denen einzeln verhandelt werden muss. Hier hat sich besonders die Mitarbeit von Herrn ZTM Jürgen Schwichtenberg bewährt, der als Kenner der europäischen Normen und der Anforderungen nach dem MPG entsprechend der Richtlinien EWG 93/42 für das in Verkehr bringen von Medizinprodukten bekannt ist. Denn die Einhaltung des MPG, als Patientenschutzgesetz, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bausteine des Konzepts. Er initiierte z. B. die Zusammenarbeit mit dem MFAS in Sachen der Überprüfung der Hersteller von zahntechnischen Leistungen, welche seit dem 2. Änderungsgesetz des MPG zur Pflicht geworden ist. Hier soll in Form eines Pilotprojektes versucht werden, dass diese hoheitliche Aufgabe vom MFAS an die NZI übertragen wird, um durch geeignete Fachprüfer, die in der Zahntechnik beheimatet sind, die Betriebe zu überprüfen. So erhält man einen umfassenden Überblick über anbietende Betriebe und ob diese tatsächlich alle Zulassungsvoraussetzungen zur Zahnersatzlieferung besitzen. Damit besteht die Sicherheit, dass Verpflichtungserklärungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch tatsächlich „gelebt und umgesetzt“ werden. Ziel ist die

eindeutige Identifizierung des Betriebes mit seinen hergestellten Produkten. Nur so kann Qualität entstehen und nach außen glaubwürdig dargestellt werden. Das MFAS steht diesem Projekt sehr positiv gegenüber. Es ist daher auch folgerichtig, wenn die so genannte „Lieferberechtigung“ in einen Vertrag zur „Qualitätssicherung und zum Patientenschutz“ münden soll, um die Konsequenz für die Marktzulassung zu etablieren. Dazu befinden sich die Verhandlungsgespräche bereits schon in der zweiten Runde, nachdem die NZI den Verbänden der Krankenkassen einen ersten Entwurf zur weiteren Beratung vorgelegt hat. Diesem Vertrag kann jeder Anbieter beitreten, der Zahnersatz in den deutschen Markt liefern möchte und sich zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, nach dem Handwerksrecht, dem Sozialversicherungsrecht und dem Medizinproduktegesetz verpflichtet. Eine besondere Rolle spielt dabei auch die Überprüfung von Anbietern, die Zahnersatz aus dem Ausland nach Deutschland in den Verkehr bringen wollen. Gemeint sind hier besonders die Handelsgesellschaften, die von den Krankenkassen und der KZVN bei der Rechnungslegung bisher schwer zu erkennen waren. Über ein spezielles System soll schnell selektiert werden können, um was für einen Lieferanten es sich dabei handelt. Im besonderen Fokus dieses Netzwerkes steht selbstverständlich die Verantwortung für die angehörigen Innungsbetriebe, die jederzeit auf die Mithilfe ihrer Innung zurückgreifen können und die aus einer Hand alle notwendigen Informationen und Handlungshilfen erhalten. Wir haben den Mut zur Verantwortung. Gleichzeitig schafft dies aus unserer Sicht kontinuierlich eine immer höhere Service-Orientierung für unsere Mitgliedsbetriebe. **z**

ZT Adresse

Niedersächsische
Zahntechniker-Innung
Theaterstr. 2
30159 Hannover
Tel.: 05 11/3 48 19 37
Fax: 05 11/33 21 29
E-Mail: info@nzi.de
www.nzi.de

